

Bernhard Worms: Realistische Chance für Regierungswechsel in NRW am 12. Mai

Zu den Ergebnissen der Wahlen in Berlin, Saarland und in Hessen erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Worms:

„Die Ergebnisse bedürfen einer sorgfältigen Analyse. Doch schon jetzt läßt sich feststellen:

1. In der alten sozialdemokratischen Hochburg Berlin hat die Koalition der Mitte aus CDU und FDP fast 55 Prozent der Stimmen erreicht. Dieses hervorragende Ergebnis wurde möglich aufgrund einer Politik der Erneuerung und wirtschaftlichen Strukturverbesserung, wie sie der Berliner Senat seit 1981 erfolgreich betrieben hat. Eine solche Politik der Erneuerung strebt auch die CDU in Nordrhein-Westfalen an.

2. In Hessen hat die CDU gegenüber der letzten Landtagswahl vom 25. September 1983 runde zwei Prozent zugelegt, die SPD drei Prozent verloren. Das rot-grüne Bündnis ist also vom Wähler keinesfalls honoriert worden.

3. Das Ergebnis im Saarland ist für

uns alle schmerzlich und enttäuschend. Darüber kann auch nicht das hervorragende Abschneiden der FDP hinwegtrösten.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, welchen Weg die nordrhein-westfälische SPD einschlagen wird. Eine Politik à la Lafontaine jedenfalls wäre ein Unglück für NRW. Die Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen können mit den Rezepten einer Ökopax-SPD nichts anfangen.

Die nordrhein-westfälische CDU wird aus den Wahlergebnissen die richtigen Folgerungen zu ziehen haben. Sie wird ihre Politik des sozialen Ausgleichs, des Bündnisses mit den Arbeitnehmern an Rhein und Ruhr noch stärker als bisher zu betonen haben. Sie wird um jede Stimme in der Mitte des Wählerspektrums mit allem Einsatz kämpfen. Bereits bei der Bundestagswahl vom 6. März 1983 hatte die Koalition der Mitte aus CDU und FDP in NRW 52 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Diese Wähler werden wir erneut motivieren und gewinnen müssen; dann gibt es eine realistische Chance für den Regierungswechsel am 12. Mai.“

Pluspunkte für die Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung

Die „Neue-Armut“-Lüge der SPD

Die SPD versucht im Landtagswahlkampf, das Versagen ihrer eigenen Bundesregierung in den 13 Jahren der Regierungsverantwortung dadurch zu vertuschen, daß sie die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl massiv angreift. Die SPD versucht den Eindruck zu erwecken, als sei in den letzten zwei Jahren nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternommen worden, als sei die Haushaltssanierung nur auf Kosten der Sozialleistungen erfolgt und eine „Neue Armut“ in der Bundesrepublik entstanden.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Die Bundesregierung hat den steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und durch aktive Arbeitsmarktpolitik Hunderttausenden neue Beschäftigungschancen verschafft. Das jüngste Gutachten des Sachverständigenrats belegt, daß die Bundesregierung mit ihrer Politik auf dem richtigen Weg ist. Trotzdem ruft die SPD immer noch nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen, obwohl die Erfahrung der 70er Jahre zeigt, daß dies keine Lösung ist. Nur wirtschaftlicher Aufschwung bringt auch neue Arbeitsplätze.

Es gibt in der Bundesrepublik keine „Neue Armut“. Allerdings gibt es eine alte Armut. Sie ist die Folge der verfehlten SPD-Politik, die Arbeitnehmer vor allem dann in eine soziale Notlage geraten ließ, wenn sie Kinder hatten. Diese Armut

wird durch die CDU-Politik wieder beseitigt.

SPD-Politiker vergessen nur allzu gerne, welche Kürzungen im Sozialbereich unter Führung der Sozialdemokraten in Bonn zwischen 1975 und 1982 vorgenommen worden sind. Mit insgesamt zwölf Gesetzen hat die SPD die Sozialleistungen damals um 94,3 Milliarden beschnitten. Zusätzlich wurden noch die Beiträge der Arbeitnehmer um rund 38 Milliarden erhöht. Allein bei der „Sparoperation 1982“, der letzten Amtshandlung Helmut Schmidts vor seinem Sturz, hatte die SPD-geführte Bundesregierung folgende Maßnahmen beschlossen:

- Kürzung des Kindergeldes beim 2. und 3. Kind um 20,— DM pro Monat,
- Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 3 auf 4 Prozent,
- Einschränkung beim Übergangsgeld für Schwerbehinderte,
- Absenkung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,
- Wegfall der Zuschüsse zur studentischen Krankenversicherung,
- Reduzierung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Wehr- und Zivildienstleistende,
- Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Mutterschaftsgeld,
- Reduzierung des Wohngelds um 7,5 Prozent,

CDU-Fraktion beschließt Ministeranklage

Die CDU-Landtagsfraktion hat beschlossen, aufgrund des Ergebnisses im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß Klinikum Aachen II und aufgrund der völlig unzulänglichen Stellungnahmen von Mitgliedern der Landesregierung in der Plenarsitzung am 7. März 1985 gegen Ministerpräsident Rau und Städtebauminister Zöpel ein Verfahren nach Artikel 63 der Landesverfassung (Ministeranklage) zu betreiben.

Die CDU wird überdies verfassungsrechtlich prüfen lassen, ob ein solches Verfahren auch auf den früheren NRW-Finanzminister Wertz ausgedehnt werden kann.

Nach Abschluß dieser Prüfung wird die CDU-Fraktion dann das Verfahren gegen Ministerpräsident Rau und Städtebauminister Zöpel — sowie gegebenenfalls gegen den früheren Finanzminister Wertz — in Gang setzen.

- Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulage,

- Herabsetzung des Unterhaltsgeldes für Umschüler,

- Kürzung des Kurzarbeitergeldes,

- Beschneidung des Umfangs von Arbeitsbeschaffungs- und beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Und dieses Streichkonzert ist nur eine Auswahl.

Und wie sieht es im Land Nordrhein-Westfalen aus? In seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1980, die unter dem Motto „Für eine solidarische Gesellschaft“ stand, hat Ministerpräsident Rau den Bürgern vieles versprochen. Heute, nach fünf Jahren, sieht alles anders aus. All diese Versprechungen haben sich als Luftblasen entpuppt. Allein im sozialen Bereich sind zwischen 1980 und 1984 Kürzungen von über 420 Millionen DM vorgenommen worden. Im Bereich der Familien- und Jugendpolitik sind das u. a.:

- Kürzungen des Landesjugendplanes um ein Viertel seines Volumens,

- Kürzung der Förderung der Jugenderholung um fast die Hälfte des Gesamtansatzes,

- Kürzung bei der Kindererholung von 18 auf 5 Mio. DM,

- Kürzung bei den Berlinfahrten und den internationalen Begegnungen von 1,7 Mio. DM auf 700 000 DM,

- völlige Streichung der Förderung freiwilliger sozialer Dienste,

- Kürzungen bei den Investitionen im Jugendhilfebereich um fast die Hälfte des Ansatzes,

- Kürzungen der Familienerholung von 12 auf 3 Mio. DM,

- Kürzung bei der Kinder- und Müttererholung um über die Hälfte des Ansatzes,

- Kürzung der Altenerholung um ein Drittel,

- Kürzung der Förderung von Alteneinrichtungen von 102 auf 59 Mio. DM.

Darüber hinaus gingen den freien Trägern über 77 Mio. DM verloren, weil seit 1981 die Spielbankabgabe nicht mehr in voller Höhe an die Stiftung Wohlfahrtspflege ab-

geführt wird. Durch Beibehaltung und Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten mußten die Eltern insgesamt 97,5 Mio. DM mehr zahlen.

Diese Reihe von sozialpolitischen Einschränkungen der SPD-Landesregierung könnte noch weiter fortgeführt werden.

Demgegenüber stehen die Leistungen der CDU-Bundesregierung. Unsere Stabilitätspolitik allein hat dazu geführt, daß dem durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt 500,— DM mehr in der Haushaltskasse bleiben. Dies hilft gerade den sozial Schwächeren, weil sie für ihr Geld mehr kaufen können. Der Vorwurf der „Neuen Armut“ trifft auch deswegen nicht zu, weil die Bundesregierung im sozialen Bereich enorme Verbesserungen beschlossen oder bereits durchgeführt hat:

- Bei der Steuerreform hat die Förderung der Familien höchste Priorität.
- Anders als die SPD führen wir ein Erziehungsgeld für alle Mütter ein.
- Junge Menschen ohne Arbeit und Ausbildung bekommen wieder Kindergeld und einen Krankenversicherungsschutz.
- Das Arbeitslosengeld wird erhöht, und zwar für 50 Jahre alte Arbeitslose von zwölf auf künftig 18 Monate.
- Erstmals werden in der Rentenversicherung auch Erziehungsjahre anerkannt.
- Die Wartezeit für Altersrenten ist von 15 auf fünf Jahre herabgesetzt worden.
- Es gibt fast dreimal so viele Bundesmittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als zu Zeiten der Regierung Schmidt.
- Im Schwerbehindertenrecht wird die Ausgleichsabgabe erhöht.
- Die Bedarfssätze im Bundesausbildungsförderungsgesetz sind angehoben worden.
- Ab 1985 gibt es wieder das sogenannte

August-BAFÖG für alle BAFÖG-Bezieher, die Abendschüler, Kollegiaten und Internatsschüler sind.

- Das Wohngeld wird erhöht.
- Die Vermögensbildung ist erhöht worden, und zwar wurde aus dem 624,— DM-Gesetz ein 936,— DM-Gesetz.
- Für rund 900 000 alleinerziehende Mütter und Väter haben wir den Freibetrag auf 4 000,— DM für das erste und 2 000,— DM für jedes weitere Kind verbessert.

Einige aktuelle Beispiele der Agitation:

1. Behauptet wird:

1983 blieben über 1,6 Millionen Erwerbslose ohne jede finanzielle Hilfe von den Arbeitsämtern.

Richtig ist:

Diese Zahl von 1,6 Millionen umfaßt zwei unterschiedliche Gruppen:

- a) 600 000 gemeldete Arbeitslose ohne Leistungsbezug und
- b) 1 Million in der sogenannten „stillen Reserve“.

Zu den 600 000 Arbeitslosen ohne Leistungsbezug gehören Arbeitslose, die keinen Leistungsanspruch erworben haben, weil sie nicht erwerbstätig waren und damit auch nicht versichert, sowie Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben, weil sie selbst oder ein Familienmitglied über genügend Einkünfte zur wirtschaftlichen Sicherung der Familie verfügen. **Gerade weil sie nicht arm sind, erhalten sie keine Unterstützung.**

Unter „stille Reserve“ faßt man die zusammen, von denen man annimmt, daß sie in Zeiten der Hochkonjunktur vielleicht auch eine Beschäftigung anstreben würden, die sich aber zur Zeit nicht bei den Arbeitsäm-

tern gemeldet haben. Wer aber wirklich intensiv einen Arbeitsplatz sucht, meldet sich auch beim Arbeitsamt und wird dann in der Statistik erfaßt. Es ist also nicht korrekt, die „stille Reserve“ hier mit anzuführen.

2. Behauptet wird:

Immer mehr Arbeitslose erhalten immer weniger Unterstützung.

Richtig ist:

In den vergangenen Jahren hat sich die Gesamtquote der Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur geringfügig verändert.

1980 lag diese Quote bundesweit bei 64,8 Prozent, 1983 bei 66,4 Prozent und 1984 bei rund 65 Prozent. Die Quote ist also weitgehend konstant.

Allerdings hat sich das Verhältnis von Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfe-Beziehern verschoben. Erhielten 1980 noch 79 Prozent der Leistungsempfänger Arbeitslosengeld und 21 Prozent Arbeitslosenhilfe, so war das Verhältnis 1984 59:41. Dies ist eine Folge der im Schnitt längeren Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Bundesregierung hat dieses Problem aber erkannt und entsprechend gehandelt: Für Arbeitnehmer ab 50 Jahren, die in den letzten sieben Jahren mindestens sechs Jahre beschäftigt waren, wird die Höchstdauer für den Bezug des Arbeitslosengeldes von bisher zwölf auf 18 Monate verlängert.

3. Behauptet wird:

Die gestiegenen Kosten der Sozialhilfe belasten die Gemeinden in „ungeheurer Weise“.

Richtig ist:

Bei Gesamtausgaben von 150 Milliarden DM kann eine Steigerung von 1,1 Milliarden DM keine ungeheure Belastung sein.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es 1983 bei den Hilfeleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz eine Ausgabensteigerung von 7,6 Prozent (10,5 Prozent im Jahr 1982). Deutlich mehr als die Hälfte dieser Mehrbelastungen entfiel dabei auf Leistungen innerhalb von Einrichtungen (Pflegehilfe u. ä.). Die Hilfen außerhalb von Einrichtungen sind demgegenüber in den letzten beiden Jahren nur um 1,1 Milliarden auf 6,7 Milliarden angestiegen.

Außerdem werden folgende Maßnahmen zur Entlastung der Sozialhilfe führen:

- Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer.
- Wiederaufnahme der Zahlung von Kindergeld für junge Arbeitslose.
- Anhebung des Kindergeldes für einkommensschwache Familien und weitere Verbesserungen beim Familienlastenausgleich.

4. Behauptet wird:

Mit der CDU-geführten Bundesregierung sind die Kosten der Sozialversicherung explodiert.

Richtig ist:

Die Explosion der Sozialhilfeausgaben fällt in die Zeit der SPD-geführten Bundesregierung.

1983 hat es — mit Ausnahme des Jahres 1979 — mit 7,6 Prozent die geringste Zuwachsrate bei der Sozialhilfe seit 1970 gegeben. 1971 lag die Steigerung bei 20,4 Prozent, 1974 bei 26,2 Prozent, 1981 bei 11,4 Prozent.

Leistungseinschränkungen beim Arbeitslosengeld, die auf die Sozialhilfe durchschlagen können, weil dann Hilfen in besonderen Lebenslagen beantragt werden können, wurden vor allem im Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz von 1981 vorgenommen. Das war ein Gesetz einer SPD-Regierung! Die Kürzungen der Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent, wie sie im Haushaltsbegleitgesetz 1984 beschlossen wurden, sind dagegen minimal, weil sie sich nur auf kinderlose Arbeitnehmer beziehen.

5. Behauptet wird:

Die Sozialhilfe wurde eingeschränkt. Damit wird den Ärmsten der Armen das dringende Notwendige vorenthalten.

Richtig ist:

Zum 1. Juli 1984 wurde die Sozialhilfe um durchschnittlich 3,2 Prozent erhöht.

Diese Erhöhung entspricht der Veränderung der Lebenshaltungskosten. Außer-

dem wird bis Mitte 1985 der neue Warenkorb zusammengestellt sein.

6. Behauptet wird:

Durch Steuer- und Abgabenbelastung sind unter der CDU-Regierung die Mas-seneinkommen um zirka 176 Milliarden geschrumpft.

Richtig ist:

Von 1982 bis 1984 hat sich die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote nicht verändert.

In der Zeit, in der die SPD die Regierungsverantwortung trug, ist die Durchschnittsbelastung der Arbeitnehmereinkommen an Steuern und Sozialabgaben von 20,9 Prozent im Jahr 1969 auf 30,6 Prozent im Jahr 1982 angestiegen. Wäre die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben seit 1969 nicht erhöht worden, so wäre das Durchschnittseinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers statt mit 10028 DM nur mit 6832 DM belastet worden. Der Arbeitnehmer mußte bei der SPD 3196 DM mehr zahlen.

Wahlkampftermine

Westfalen

19. März 1985

19. März 1985

19. März 1985

21. März 1985

24. März 1985

20.-22. März 1985

Dr. Bernhard Worms, MdL

Dr. Dieter Schulte, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesverkehrsminister

Dr. Dieter Schulte, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesverkehrsminister

Jürgen Echternach, MdB

Dr. Bernhard Worms, MdL

Bundesparteitag der CDU in Essen

KV Gelsenkirchen
KV Bottrop

KV Recklinghausen

KV Olpe
KV Gelsenkirchen

Wer redet hier eigentlich Blech?

Oppositionsführer Dr. Bernhard Worms hat ernsthafte Zweifel an den Aussagen der nordrhein-westfälischen SPD angemeldet, man stehe für eine Koalition mit den GRÜNEN nicht zur Verfügung. Ministerpräsident Rau hatte — bezogen auf das „nur auf Medienwirksamkeit zielende allgemeine Gerede der GRÜNEN“ — gesagt: „Wo nur eine apokalyptische Darstellung nach der anderen folgt, ist Reden nicht einmal Silber, sondern Blech.“

Dazu Bernhard Worms: „In diesem Hause, Herr Ministerpräsident, vom Rednerpult her, spielen Sie den Staatsmann, und draußen im Lande lassen Sie zu, daß in 100 Fällen Koalitionen zwischen SPD und GRÜNEN vor Ort geschlossen werden.“ Worms nannte als Beispiele den Landwirtschaftsverband Rheinland, die Städte Düsseldorf, Solingen und Leverkusen so-

wie die Heimatstadt des Ministerpräsidenten Wuppertal. „Wo ein flotter Spruch den anderen jagt, da ist Reden nach meiner Überzeugung noch nicht einmal Blech.“

SPD-Minister Farthmann gab Oppositionsführer Worms in einigen Punkten seiner Einschätzung rot-grüner Bündnisse Recht. „Es wäre konsequenter und günstiger für uns, für die Wahl, wenn wir diesen Standpunkt auch in allen Kommunalparlamenten durchgesetzt hätten und hätten durchsetzen können. Nur, meine Damen und Herren, das sind doch keine weisungsgebundenen Angestellten, denen wir eine Weisung geben können und die dann in einer bestimmten Art handeln.“ Merke für den 12. Mai: Auch die SPD-Landtagsabgeordneten sind keine „weisungsgebundenen“ Angestellten . . .

Aktionsvorschläge

Eine Sammlung in alphabetischer Reihenfolge, in der Sie vielleicht die eine oder andere Anregung finden. Dabei können haftungs-, ordnungs- oder steuerrechtliche Fragen auftreten; sprechen Sie deshalb Ihren Kreisgeschäftsführer an, wenn Sie eine konkrete Antwort planen.

Informationsstunden

Immer komplizierter werden Gesetze, Vorschriften und Anordnungen. CDU-Mitglieder helfen, indem sie regelmäßige Informationsstunden abhalten. Themenbeispiele: Mietrecht, Berufsberatung, Rente, Ausfüllen von Fragebögen, Kindergeld, Steuergesetzgebung.

Internationaler Liederabend

Sich kennenlernen, Verständnis für einander gewinnen: Die Junge Union organisiert einen Liederabend. Chöre, Einzelinterpreten, Instrumentalgruppen tragen Lieder ihrer Heimat vor. Engagieren Sie als Gesamtleiter einen „Musikfachmann“. Erstellen Sie ein Programm und vervielfältigen Sie die mitzusingenden Lieder.

Kinderlieder

Die CDU regt die Bürger Ihrer Stadt an, Kinderlieder zu sammeln, die sie in einem Kinderliederbuch veröffentlicht. Diese

Wahlkampftermine

Rheinland

22. März 1985	Dr. Egbert Möcklinghoff, MdL	17.00–19.00	Neuss
23. März 1985	Dr. Helmut Kohl, MdB	11.00	Köln
25. März 1985	Volker Rühle, MdB	20.00	Rhein-Sieg-Kreis
26. März 1985	Ulf Fink	15.00	Rhein.-Berg. Kreis
26. März 1985	Carl-Dieter Spranger, MdB	17.00	Heinsberg
26. März 1985	Ulf Fink	17.30	Viersen
26. März 1985	Ulf Fink	20.00	Mönchengladbach

Bücher werden vor Kindergärten, in den Einkaufsstraßen und vor den Freizeitzentren an junge Mütter verteilt.

Kindertheater

Die CDU ermöglicht Eltern und Kindern einen gemeinsamen Theaterbesuch. Die CDU übernimmt die Organisation (Kartenreservierung und Fahrgelegenheit). Nach der Vorstellung (Termin möglichst Samstag- oder Sonntagnachmittag) wird zu einem geselligen Zusammensein mit Diskussion eingeladen.

Kummerkästen

Die CDU richtet an einem oder mehreren markanten Punkten in der Gemeinde „Kummerkästen“ ein, in denen die Mitbürger Fragen zum politischen Geschehen stellen oder soziale Hilfe anfordern können. Zum selben Zweck können Sie auch Flugblätter an die Haushalte mit Rückantwort verteilen lassen.

Lehrfahrten

Gerade zwischen den Wahlen besteht die Möglichkeit, die Landespolitik bei der Bevölkerung populär zu machen. Mit einem einführenden Vortrag können interessante Fahrten und Projektbesichtigungen unter Leitung der CDU-Fraktion gestaltet werden.

Malwettbewerb

Bei Malwettbewerben können die Kinder ihrer Phantasie freien Lauf lassen oder vorgegebene Aufgaben lösen. Für jeden Teilnehmer gibt es eine kleine Belohnung.

(Fortsetzung in den nächsten Ausgaben bis zu den Osterferien.)